

Die Feministin Zita Küng hofft auf neuen Schub Seite 22

Der deutsche Verkehrsminister zum Fluglärm-Staatsvertrag Seite 23

Neue Elefantenanlage im Rapperswiler Kinderzoo Seite 23

Eine spielerische musikalische Frisch-Adaption Seite 25

Grosse Meinungsvielfalt für den Regierungsrat

Wo die Kandidatinnen und Kandidaten auf der politischen Landkarte anzusiedeln sind

Mario und Jacqueline Fehr, die beiden SP-Kandidaten, unterscheiden sich in ihrer politischen Haltung zum Teil beträchtlich. Und der Grüne Martin Graf weicht da und dort klar von seiner Partei ab. Das zeigt die politische Landkarte von Smartvote.

Adi Kälin

Schon der Vergleich der Kandidatenprofile (der früheren Smart-Spider) hat die Vermutung nahegelegt, dass es zwischen den Kandidaten der einzelnen Parteien grosse Unterschiede geben könnte. Die Darstellung der Ergebnisse auf einer zweidimensionalen politischen Landkarte bestätigt dies nun klar. Die SP-Kandidatin Jacqueline Fehr ist eher

ZÜRCHER WAHLEN 2015

Regierungsratswahl vom 12. April

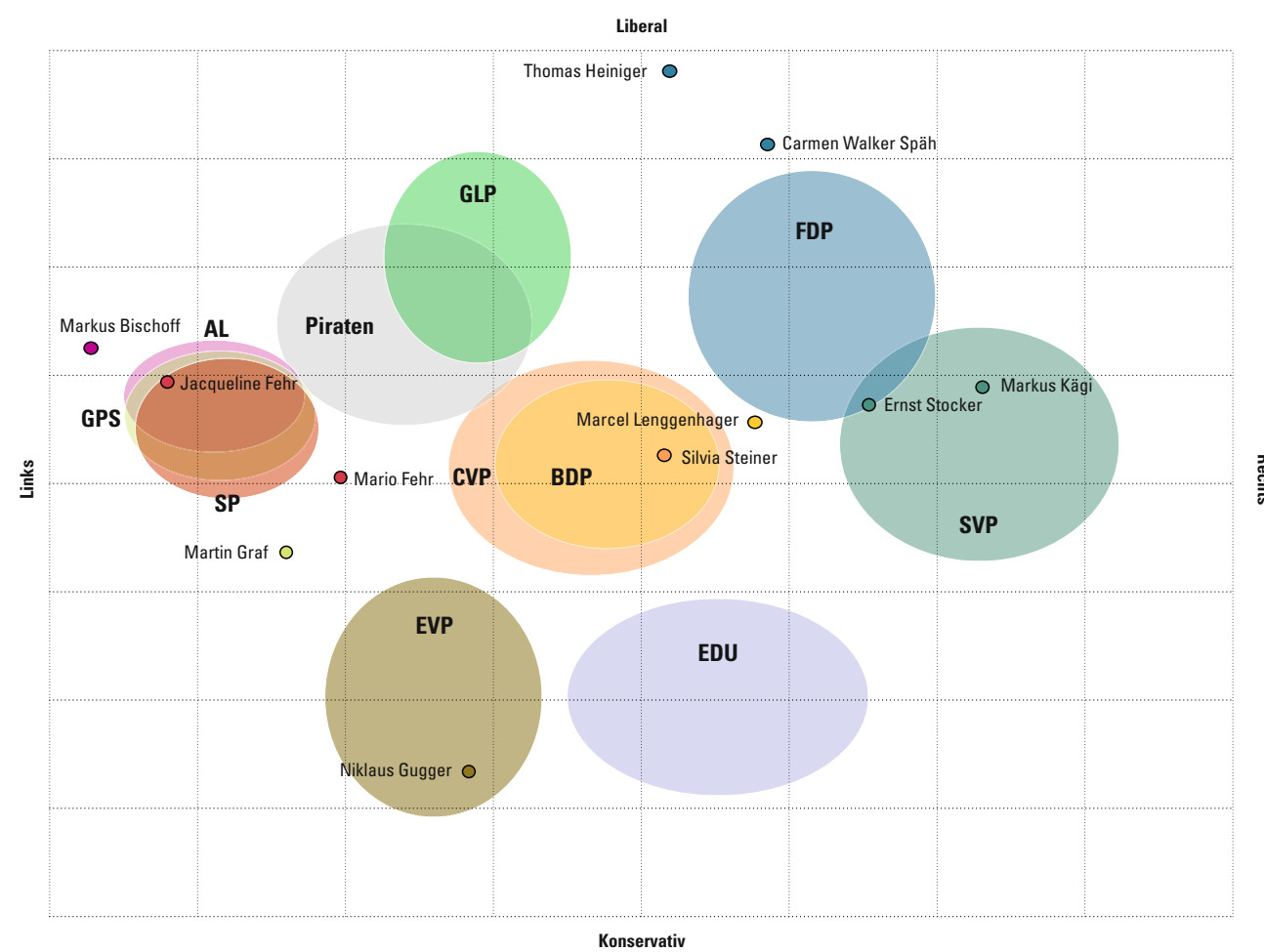
am linken Rand des SP-Meinungsspektrums positioniert. Dieses Spektrum ist grafisch dargestellt durch den entsprechenden farbigen Kreis, dessen Streuung gut zwei Drittel der Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten umfasst. Mario Fehr, der bisherige SP-Regierungsrat, steht dagegen ein wenig rechts ausserhalb der zentralen SP-Haltungen. Umgekehrt steht Markus Bischoff sogar etwas links seiner AL. Martin Graf's Position entspricht zwar der Links-Rechts-Position der Grünen, seine Haltung ist aber klar konservativer.

2014 die grosse Einigkeit

Die Unterschiede im rot-grünen Lager mögen auf den ersten Blick nicht allzu sehr erstaunen. Vergleicht man sie aber beispielsweise mit der politischen Landkarte der Zürcher Stadtratswahlen vom letzten Jahr, werden gewichtige Unterschiede sichtbar. Wie bei der aktuellen politischen Landkarte die Haltungen der drei Parteien, waren bei den Stadtratskandidaten von SP, Grünen und AL auch die individuellen Positionen nahezu identisch. Auf der anderen Seite war letztes Jahr im bürgerlichen Lager eine beträchtliche Streuung festzustellen, die sich von links der CVP (Gerold Lauber) bis rechts der SVP (Roland Scheck) zog. Entsprechend schwierig war es, bei den gemeinsamen Auftritten einigermassen einheitliche Meinungen zu vertreten.

Diesmal zeigt sich auf bürgerlicher Seite ein etwas geschlosseneres Bild. Alle Kandidatinnen und Kandidaten stehen rechts der Mitte – obwohl es natürlich in einigen Fragen immer noch grosse Unterschiede gibt. Auf der Links-Rechts-Achse, die für die Be-

Die politische Landkarte zu den Zürcher Wahlen



QUELLE: SMARTVOTE

NZZ-INFOGRAFIK/lea

urteilung wichtiger ist als die Achse liberal-konservativ, stehen Thomas Heiniger (fdp.) und Silvia Steiner (cvp.) ziemlich exakt gleich weit links (Steiner etwas im rechten Lager der CVP, Heiniger klar im linken der FDP). SVP-Regierungsrat Markus Kägi vertritt ziemlich genau die Durchschnittsposition der SVP, während sein Kollege

Ernst Stocker mit seinen Positionen genau im Schnittbereich von SVP und FDP angesiedelt ist.

Bisherige antworten anders

Hier muss man allerdings anfügen, dass die bisherigen Regierungsräte auf dem Fragebogen von Smartvote nicht bei

jeder der 59 Fragen ihre persönliche Meinung kundtaten, sondern zum Teil jene des Regierungsrats. Einzelne haben dies in separaten Anmerkungen auf ihrem Fragebogen auch entsprechend vermerkt. Ernst Stocker etwa hat so wohl bei der Frage nach der Abschaffung der Härtefallkommission im Asylbereich wie auch bei der Personenfreizügigkeit mit der EU klar deklariert: «Regierungsbeschluss».

Das erklärt wohl zum Teil seine Position im eher linken Spektrum der SVP. Andere deklarieren es zwar nicht, aber es wird dennoch klar, dass einzelne Antworten von ihrem Regierungsamt beeinflusst sind. So sagen die beiden Bisherigen Mario Fehr (sp.) und Martin Graf (gp.) beispielsweise «eher nein» zur Duldung von Hausbesetzungen, während die neu Antretenden Jacqueline Fehr (sp.) und Markus Bischoff (al.) klar «ja» sagen.

Fehr ist nicht gleich Fehr

Die Fragebogen der Kandidatinnen und Kandidaten sind auf der Site von Smartvote öffentlich einsehbar, weshalb auch Vergleiche im Detail möglich sind. So

sieht man etwa, dass die Unterschiede zwischen den beiden SP-Kandidaten Mario Fehr und Jacqueline Fehr mindestens zum Teil darauf zurückzuführen sind, dass Mario Fehr seit vier Jahren in der Zürcher Regierung sitzt und dort die Sicherheitsdirektion leitet. Auch deshalb sagt er beispielsweise «ja» sowohl zur verstärkten Überwachung des Post-, Telefon- und Mailverkehrs als auch zur härteren Verfolgung und Bestrafung bei Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum. Jacqueline Fehr sagt zu den zwei Fragen einmal «eher nein» und einmal «nein».

Klare Differenzen ergeben sich auch beim Ausländerstimmrecht, das Mario Fehr «eher nicht» will, während es Jacqueline Fehr klar befürwortet. Ähnlich unterschiedlich sind die Haltungen gegenüber den Zielen für die 2000-Watt-Gesellschaft (Sie: «Ja», er: «eher Nein»), den weiteren Ausbau des Autobahnnetzes (Sie: «eher Nein», er: «eher Ja») oder EU-Beitrittsverhandlungen in den nächsten vier Jahren festzustellen (Sie: «Ja», er: «Nein»).

Vergleicht man die Profile der bürgerlichen Kandidaten, treten je nach Thema doch noch grössere Differenzen zutage. Es verwundert nicht besonders, dass die beiden SVP-Kandidaten einer offenen Aussenpolitik deutlich weniger zugetan sind als die beiden Vertreter der FDP und die CVP-Frau. Bei der restriktiven Migrationspolitik weisen dann allerdings ein wenig überraschend der SVP-Mann Markus Kägi und die FDP-Kandidatin Carmen Walker Späh ganz ähnliche Ergebnisse aus. Die Unterschiede zu den jeweiligen Parteikollegen sind jedenfalls deutlich grösser. Einigkeit unter allen fünf bürgerlichen herrscht dagegen beim Punkt «liberale Wirtschaftspolitik».

Aufregung um Ledergerber

Die Smartmap zeigt zwar auf anschauliche Art und Weise die Position von Parteien und einzelnen Kandidierenden. Man sollte sie allerdings nicht als einziges Bewertungsinstrument verwenden – sonst könnte es leicht zu ungewollten parteipolitischen Turbulenzen kommen. Das klassische Beispiel dafür lieferte der frühere SP-Stadtratspräsident Elmar Ledergerber bei den Zürcher Stadtratswahlen von 2006.

Auf der damaligen Smartmap erschien seine Position ziemlich genau zwischen den beiden FDP-Kandidaten Andres Türlor und Martin Vollenwyder – was zu Besorgnis bei den Genossen und einigen aufgeregten journalistischen Anfragen beim damaligen SP-Präsidenten führte. Dieser versicherte allerdings in Interviews, dass er «Elmar» durchaus noch zum Kreis der Sozialdemokraten zähle.

Wie man die Smartmap lesen muss

ak. · Neben den etablierten Kandidatenprofilen lassen sich die Ergebnisse der Smartvote-Umfrage auch in Form einer politischen Landkarte darstellen. Die beiden Achsen dieser Smartmap stellen die zentralen Dimensionen der Schweizer Politik dar: Auf der Links-rechts-Achse zeichnen sich Fragen zum Markt, aber auch die Haltung zum Sozialstaat oder zu staatlichen Institutionen wie Armee oder Polizei ab. Bei der jüngsten Befragung geht es etwa um die Abschaffung der Härtefallkommission, die steuerliche Entlastung von hohen Einkommen oder die Verschärfung des Jugendstrafrechts. Auf der Achse liberal-konservativ werden Themen mit

starken gesellschaftlichen oder kulturellen Aspekten abgebildet. Konkret wird die Meinung zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten oder zur Legalisierung weicher Drogen erfragt.

Die Punkte markieren die Haltung der Regierungsratskandidaten, die Ellipsen bilden die Antworten der Kandidaten für den Kantonsrat ab. Der Mittelpunkt dieser Flächen zeigt die Durchschnittsposition. Die Grösse der Ellipsen bildet die Streuung innerhalb der Parteien ab. An der Form der Ellipsen lässt sich auch die Richtung dieser Streuung ablesen: Eine schmale, hohe Fläche bedeutet eine grosse Streuung auf der Liberal-konservativ-Achse.

Gemeinsame elterliche Sorge zunehmend die Regel

Positive Erfahrungen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) der Stadt Zürich

ced. · Seit der Revision des Zivilgesetzbuchs vom 1. Juli 2014 können Eltern das gemeinsame Sorgerecht mit einer einfachen Erklärung beantragen. Früher mussten sie dafür einen gemeinsamen Antrag mit schriftlicher Regelung der Unterhaltskosten und Betreuungszeiten einreichen. Die damit verbundene Bürokratie kostete nicht nur Zeit, sondern auch rund 200 Franken. «Früher war die Bearbeitung eines Antrags tatsächlich mit einigem administrativem Aufwand verbunden», hat Michael Allgauer, Präsident der Stadtzürcher Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb), am Freitag vor den Medien gesagt. «Dafür haben wir jetzt mit den einseitigen Anträgen wiederum mehr zu tun.» Gemeint ist, dass neu auch nur ein Elternteil einen Antrag auf gemeinsa-

mes Sorgerecht stellen kann. Dies setzt voraus, dass der andere Elternteil meist nichts vom gemeinsamen Sorgerecht hält. In solchen Fällen muss die Kesb intervenieren. Im zweiten Halbjahr 2014 gingen bei der Kesb der Stadt Zürich 62 solcher einseitigen Anträge ein. 14 davon wurden bisher erledigt, abgewiesen wurde keiner.

Die gemeinsame elterliche Sorge wird laut Allgauer immer mehr zum Normalfall. So sei der Anteil unverheirateter Eltern mit einem gemeinsamen Sorgerecht seit 2009 von 67 Prozent auf 80 Prozent in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 gestiegen. Von einer erhöhten Zunahme seit der Neuregelung könne man aber nicht sprechen. Die neue Reglementierung des gemeinsamen Sorgerechts findet Allgauer sinn-

voll: «Durch die Vereinfachung werden mehr Erklärungen eingereicht. Vor allem für Väter ist der einseitige Antrag ein echter Gewinn.» Denn diese konnten bisher das gemeinsame Sorgerecht nur erwirken, wenn die Mutter damit einverstanden war.

Gemäss Neuregelung werden bei getrennten Eltern im Streitfall weder die Höhe der Unterhaltskosten noch die Dauer der Kindesbetreuung bestimmt. Die Unterhaltskosten werden vom Gericht festgesetzt, die Kesb reguliert die Betreuungszeiten. Zudem, so betonte Allgauer, könne die ideale gemeinsame elterliche Sorge von getrennten Eltern nicht allein durch die Behörde gewährleistet werden. Vielmehr brauche es Eltern, die ihre Konflikte zum Wohle des Kindes zurückstellen können.

Das gemeinsame Sorgerecht regelt die Entscheide über wesentliche Kinderbelange, die von beiden Elternteilen gemeinsam getroffen werden müssen. Dazu gehören etwa medizinische Belange und Ausbildungsfragen. Bei alltäglichen Angelegenheiten kann der betreuende Elternteil alleine entscheiden.

Die Kesb verzeichnete im Übrigen eine Zunahme der Massnahmen für Erwachsene während der letzten vier Jahre. Auch was die Anordnungen und Placierungen bei Minderjährigen betrifft, ist die Tendenz steigend. Die Jahresbilanz fällt allerdings positiv aus; alle neuen Anträge sowie 6 Prozent der Altlasten konnten erledigt werden. Jedoch seien die Arbeitsbelastung der Kesb-Mitarbeiter und deren psychische Beanspruchung sehr hoch, sagte Allgauer.

Regierungsrat Mario Fehr:



Der mit Sicherheit.

Überparteiliches Komitee für die Wiederwahl von Mario Fehr in den Regierungsrat. Postfach 2320, 8022 Zürich